



Niedersächsischer Städtetag

Verband für Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Pressemitteilung Nr. 13/2017

NST hält kommunales Wohnraumschutzgesetz für notwendig

Der Niedersächsische Städtetag (NST) fordert von der Landesregierung ein Wohnraumschutzgesetz mit wirkungsvollen Handlungsmöglichkeiten für die Städte und Gemeinden, um dem Entstehen sozialer Brennpunkte wirkungsvoll entgegenwirken zu können.

Anlass für die Forderung ist ein „Hilferuf“ des Delmenhorster Oberbürgermeisters Axel Jahnz zur Problemlage um die Wohnblöcke „Am Wolle-Park 11 und 12“. Dort, wie auch in Salzgitter und Hannover, erwerben Käufer günstig – etwa durch Zwangsversteigerung – Schrottimmobilien und belegen diese sodann mit bestimmten Migrantengruppen. Häufig stehen die Mieter zudem auch noch in einem arbeitsvertraglichen Abhängigkeitsverhältnis zum Eigentümer. Oft ist eine Verwahrlosung der Immobilie und des sozialen Umfelds die Folge.

„Wir brauchen ein wirkungsvolles, präventives Mittel, damit solche Problemlagen gar nicht erst entstehen“, sagt Frank Klingebiel, Präsident des NST und Oberbürgermeister Salzgitters. „Vor allem bedarf es einer Abschreckungs- und Sanktionsmöglichkeit, um dieses problematische Geschäftsgebaren unattraktiv zu machen.“

Das Wohnraumschutzgesetz soll den Kommunen zusätzliche Handlungsmöglichkeiten verschaffen. So soll die Handlungsschwelle für ein Einschreiten herabgesetzt werden, ein vereinfachtes Betretungsrecht der Behörden ohne Einwilligung der betroffenen Bewohnerschaft geschaffen werden und bei Missständen und Verwahrlosung der Immobilien soll ein Bußgeld verhängt werden können.

07. Dezember 2017

Ansprechpartner: Dr. Jan Arning, Tel: 0511 / 368 94-16, Mobil: 0172 / 53975-16

Diese Meldung finden Sie auch zum Download auf www.nst.de